



Bildung

Allgemeine und berufliche Bildung sowie ganz allgemein lebenslanges Lernen spielen sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht eine entscheidende Rolle. Die Möglichkeiten, die die EU ihren Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf Leben, Studium und Arbeit in anderen Ländern bietet, leisten einen wichtigen Beitrag zum interkulturellen Verständnis, zur persönlichen Entwicklung und zur vollen Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials der EU. Alljährlich nutzen weit über eine Million EU-Bürger jeden Alters die von der EU finanzierten Programme in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und aktive Staatsbürgerschaft.

Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft⁽¹⁾ wurde die Bedeutung dieser Bereiche folgendermaßen anerkannt: „Die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten ... erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt ... Die Gemeinschaft führt eine Politik der beruflichen Bildung durch, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ... unterstützt und ergänzt.“ In diesem Sinne verfolgt die Europäische Kommission eine Politik der Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, während sie gleichzeitig Programme wie das Programm für lebenslanges Lernen finanziert.

2001 verabschiedete der Europäische Rat eine Reihe von Zielsetzungen für die allgemeine und berufliche Bildung, die bis 2010 erreicht werden sollen⁽²⁾. Im Einzelnen einigten sich die Bildungsminister auf drei Ziele:

- Qualität und Wirksamkeit der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung zu verbessern,
- sicherzustellen, dass diese Systeme allen zugänglich sind, und
- die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung gegenüber der Welt zu öffnen.

Diese ehrgeizigen Ziele wurden anschließend in Einzelziele für die verschiedenen Formen und Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung untergliedert. Sie betreffen unter anderem folgende Bereiche: Lehrerbildung, Grundqualifikationen, Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Effizienz der Investitionen, Fremdsprachenerwerb, lebensbegleitende Beratung, Flexibilität der Systeme,

(1) Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Kapitel 3, Artikel 149 Absatz 1 und 150 Absatz 1 (ABl. C 352 vom 24.12.2002, S. 33); http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf.

(2) <http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/repfutobjde.pdf>.



um allen den Zugang zum Lernen zu ermöglichen, Mobilität und Förderung des Bürgersinns.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip obliegt es den einzelnen Mitgliedstaaten, ihre Bildungssysteme zu gestalten und über ihren Inhalt zu entscheiden. Die EU fördert jedoch die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet durch eine Vielzahl von Finanzierungs- und Aktionsprogrammen. So wurde die politische Zusammenarbeit durch das Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ gestärkt, in dem frühere Maßnahmen im Bildungs- und Ausbildungsbereich auf europäischer Ebene zusammengefasst werden. Fünf EU-Benchmarks wurden für 2010 festgelegt:

- Begrenzung der Quote der frühzeitigen Schulabgänger auf höchstens 10 %,
- Steigerung der Gesamtzahl der Hochschulabsolventen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik um mindestens 15 % bei gleichzeitiger Verringerung der ungleichen Vertretung der Geschlechter in diesen Fächern,
- Abschluss einer Sekundarschulbildung für mindestens 85 % der 22-Jährigen,
- Halbierung der Zahl der 15-jährigen Schüler mit schlechten Leistungen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften, und
- Erhöhung der durchschnittlichen Beteiligung am lebenslangen Lernen in der EU auf mindestens 12,5 % der erwachsenen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25- bis 64-Jährige).

Seit 2007 ist das Programm für lebenslanges Lernen das Vorzeigeprogramm im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, das alle Bildungsmöglichkeiten von der Kindheit bis ins Alter abdeckt. Für den Zeitraum von 2007 bis 2013 ist

dieses Programm mit einem Budget von 7 Mrd. EUR ausgestattet. Damit werden Projekte unterstützt, die den Austausch, die Zusammenarbeit und die Mobilität zwischen den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung in der EU fördern. Es umfasst vier Teilprogramme, die auf die verschiedenen Phasen der Aus- und Weiterbildung ausgerichtet sind:

- Comenius für Schulen,
- Erasmus für die Hochschulbildung,
- Leonardo da Vinci für berufliche Aus- und Weiterbildung, und
- Grundtvig für die Erwachsenenbildung.

Für jedes Teilprogramm wurden quantitative Zielvorgaben festgesetzt:

- Während der Laufzeit des Programms Comenius sollen mindestens 3 Millionen Schüler an gemeinsamen Bildungsaktivitäten teilnehmen,
- Erasmus soll insgesamt drei Millionen Einzelteilnehmer an Mobilitätsmaßnahmen für Studierende erreichen,
- bis zum Ende der Laufzeit des Programms Leonardo da Vinci soll die Zahl der Praktika in Unternehmen auf 80 000 pro Jahr ansteigen, und
- mit Grundtvig soll bis 2013 die Mobilität von 7 000 an der Erwachsenenbildung beteiligten Personen pro Jahr unterstützt werden.

Um die Fortschritte auf dem Weg zu diesen bildungspolitischen Zielen messen zu können, benötigt man eine Reihe vergleichbarer Statistiken über die Teilnahme an Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die Zahl von Absolventen und Lehrkräften, Fremdsprachenunterricht, Mobilität von Studenten und Forschern, Bildungsausgaben sowie Daten über Bildungsabschlüsse und Erwachsenenbildung.

Die Standards für auf administrativen Quellen beruhende internationale

4.1 Schülerzahlen und Bildungsgrad

Bildungsstatistiken werden von drei internationalen Organisationen festgelegt, die gemeinsam die Datenerhebung verwalten:

- dem UNESCO Institut für Statistik (UNESCO-UIS),
- der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), und
- dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat).

Wichtigste Informationsquelle ist der gemeinsame Fragebogen von UNESCO/OECD/Eurostat (UOE) zur Bildungsstatistik, der den wesentlichen Elementen der Eurostat Datenbank für die Bildungsstatistik zugrunde liegt. Eurostat erhebt außerdem Daten über regionale Bildungsbeteiligung und Fremdspracherwerb. Die Definitionen und Methodikanforderungen für die gemeinsame UOE Datenerhebung sowie für die Eurostat-Datenerhebung sind auf der Website von Eurostat⁽³⁾ verfügbar. Die Daten über Bildungsabschlüsse und Erwachsenenbildung stammen überwiegend aus Haushaltserhebungen, d. h. der EU Arbeitskräfteerhebung, die demnächst durch eine Erhebung über Erwachsenenbildung⁽⁴⁾ ergänzt werden wird, während die Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS) Informationen über die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen sowie den Umfang und die Kosten dieser Maßnahmen für die Unternehmen liefert.

Einleitung

Die Schule vermittelt jungen Menschen die grundlegenden Fähigkeiten und Kompetenzen, die sie für ihre persönliche Entwicklung benötigen. Die Qualität der Schulerfahrungen prägt aber nicht nur die Persönlichkeit eines Menschen, sondern beeinflusst auch seine Position in der Gesellschaft, seinen Bildungsstand und seine Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Qualität der Bildung, die einem Schüler zuteil wird, hängt unmittelbar mit der Unterrichtsqualität zusammen. Diese wiederum wird bestimmt durch die Anforderungen an die Lehrkräfte, ihre Ausbildung und die Aufgaben, die sie übernehmen müssen. In mehreren Mitgliedstaaten werden daher gegenwärtig die Lehrpläne für die Schulen überarbeitet und an die sich wandelnden Bedürfnisse der Gesellschaft und der Wirtschaft angepasst, und es wird darüber nachgedacht, wie Ausbildung und Beurteilung der Lehrer verbessert werden können.

Die demografische Entwicklung der letzten dreißig Jahre war geprägt von rückläufigen Geburtenraten, die dazu geführt haben, dass die EU-Bevölkerung altert und der Anteil der unter Dreißigjährigen in den meisten Mitgliedstaaten abnimmt. Diese Veränderungen können erhebliche Auswirkungen auf die personellen und materiellen Ressourcen haben, die für das reibungslose Funktionieren der Bildungssysteme benötigt werden – etwa die durchschnittlichen Klassenstärken oder Strategien für die Lehrereinstellung.

Die meisten Europäer bleiben weit über die gesetzliche Mindestschulzeit hinaus im Bildungssystem. Ein Grund hierfür

(3) http://circa.europa.eu/Public/irc/dsis/edtcsl/library?l=/public/unesco_collection.

(4) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-CC-05-005/EN/KS-CC-05-005-EN.PDF.



kann die Entscheidung für ein Hochschulstudium sein, aber auch die gestiegene Zahl der Kinder, die Vorschuleinrichtungen besuchen, sowie eine stärkere Beteiligung an Aktivitäten des lebenslangen Lernens – wenn etwa Menschen in späteren Lebensphasen in das Bildungssystem zurückkehren, um eine andere Ausbildung zu absolvieren oder sich auf eine andere berufliche Laufbahn vorzubereiten.

Im Alter von 4 Jahren besucht bereits ein großer Teil der Kinder in der EU eine Vorschuleinrichtung. Die allgemeinen Ziele der Vorschulerziehung stellen sich in den Ländern recht ähnlich dar: Im Mittelpunkt stehen die Entwicklung der Kinder zur Selbständigkeit, die Förderung von Wohlbefinden, Selbstvertrauen und Bürgersinn sowie die Vorbereitung auf das Leben und Lernen in der Schule.

Die Schulpflicht beträgt in den meisten EU-Ländern im Durchschnitt 9 oder 10 Jahre. Am längsten ist sie in Ungarn, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich. Das einzige Kriterium für die Aufnahme in den obligatorischen Primarschulunterricht ist das Alter: 5 oder 6 Jahre in den meisten Ländern, mit Ausnahme der nordischen Länder sowie Bulgariens und Estlands, wo die Grundschule mit 7 Jahren beginnt.

Während in allen Mitgliedstaaten mehr oder weniger die gleichen Unterrichtsfächer auf den Lehrplänen stehen, ist die Zeit, die den einzelnen Fächern gewidmet wird, sehr unterschiedlich. Erhebliche Unterschiede gibt es zudem im Hinblick darauf, ob die Lehrer selbst den Inhalt ihres Unterrichts gestalten können oder einen genau vorgegebenen Lehrplan einhalten müssen. Die stärksten Abweichungen zwischen den Ländern betreffen

zumeist den Umfang des Unterrichts in den Fächern Fremdsprachen, Informations- und Kommunikationstechnologie oder Religion. Dagegen wird in allen Ländern sehr viel Zeit für den Unterricht in den Fächern Muttersprache und Mathematik aufgewendet.

Gleichmäßiger auf die Fächer verteilt ist die Unterrichtszeit in der Regel im Pflichtsekundarbereich, wo mehr Gewicht auf Natur- und Sozialwissenschaften sowie auf Fremdsprachen gelegt wird. Die Schüler der einzelnen Länder werden während ihrer gesamten Pflichtschulzeit meist nach einem einheitlichen Lehrplan unterrichtet. Allerdings müssen die Eltern in Deutschland, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich am Ende der Grundschulzeit einen Bildungsgang für ihr Kind wählen.

Das Programm Comenius befasst sich mit Entwicklungen in der Bildungs- und Schulpolitik und hat die folgenden Ziele:

- Verbesserung und Erhöhung der Mobilität von Schülern und Bildungspersonal,
- Verbesserung und Ausweitung der Partnerschaften zwischen Schulen in unterschiedlichen Mitgliedstaaten mit dem Ziel, dass bis 2010 mindestens 3 Millionen Schüler an gemeinsamen Bildungsaktivitäten teilnehmen,
- Förderung des Erlernens von Fremdsprachen, von innovativen, IKT-gestützten Inhalten und Diensten und besseren Unterrichtsmethoden und -verfahren,
- Verbesserung der Qualität der Lehrerbildung und Ausbau ihrer europäischen Dimension, und
- Verbesserung der pädagogischen Konzepte und des Schulmanagements.

Die Mitgliedstaaten selbst haben noch weitere Benchmarks für die Verbesserung der allgemeinen Bildung gesetzt. Sie betreffen unter anderem die Lesekompetenz, Bildungsabschlüsse in mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Fächern, den frühzeitigen Schulabgang und den Abschluss der allgemeinbildenden Sekundarstufe.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die **Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED)** bildet die Grundlage für die internationale Bildungsstatistik. Sie beschreibt verschiedene Bildungsebenen sowie Bildungs- und Ausbildungsfelder⁽⁵⁾. In der derzeit geltenden Fassung, der ISCED 97, werden sieben Bildungsebenen unterschieden:

- ISCED-Ebene 0: **Elementarbereich** - definiert als Eingangsstufe des organisierten Unterrichts. Die Betreuung der Kinder, die mindestens drei Jahre alt sein müssen, findet in Vorschulen oder entsprechenden Zentren statt.
- ISCED-Ebene 1: **Primarbereich** - Das Eintrittsalter beträgt fünf bis sieben Jahre. Der Schulbesuch ist in allen Ländern Pflicht und dauert in der Regel vier bis sechs Jahre.
- ISCED-Ebene 2: **Sekundarbereich I** - setzt die im Primarbereich begonnene Grundbildung fort, ist aber in der Regel stärker fächerorientiert. Mit Abschluss dieses Bereichs endet gewöhnlich auch die Schulpflicht.
- ISCED-Ebene 3: **Sekundarbereich II** - beginnt normalerweise am Ende des Pflichtunterrichts. Das Eintrittsalter liegt meist bei 15 oder 16 Jahren. Für den Zugang sind in der Regel bestimmte Voraussetzungen und Mindestanforderungen zu erfüllen. Der Unterricht ist stärker fachlich

spezialisiert, die übliche Dauer in diesem ISCED Bereich liegt zwischen zwei und fünf Jahren.

- ISCED-Ebene 4: **Nicht-tertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich** - ist zwischen dem Sekundarbereich II und dem Tertiärbereich anzusiedeln. Typische Beispiele sind Bildungsgänge zur Vorbereitung der Schüler auf die Ebene 5 oder Bildungsgänge, die direkt auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten.
- ISCED-Ebene 5: **Tertiäre Bildung (erste Stufe)** - Zugangsvoraussetzung für diese Bildungsgänge ist üblicherweise der erfolgreiche Abschluss der ISCED Ebenen 3 oder 4. Zu diesem Bereich zählen tertiäre Bildungsgänge mit akademischer Ausrichtung, in denen weitgehend theoretisches Wissen vermittelt wird, und Bildungsgänge mit berufsspezifischer Ausrichtung, die in der Regel kürzer sind und auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt hinführen.
- ISCED-Ebene 6: **Tertiäre Bildung (zweite Stufe)** - führt zu einer höheren Forschungsqualifikation (Promotion oder Habilitation).

Der Indikator **Bildungsbeteiligungsquote der Vierjährigen** gibt den Prozentsatz der Vierjährigen wieder, die erziehungsorientierte Vorschuleinrichtungen besuchen. Diese Einrichtungen bieten erziehungsorientierte Betreuung für kleine Kinder an. Sie sind verpflichtet, Fachkräfte mit pädagogischen Qualifikationen zu beschäftigen. Nicht eingeschlossen sind Kinderkrippen, Spielgruppen oder Tagesstätten, die von ihren Beschäftigten nicht unbedingt den Nachweis formaler pädagogischer Qualifikationen erwarten. Der Indikator **Bildungsbeteiligungsquote der 18-Jährigen** (alle ISCED-Ebenen) vermittelt eine Vorstellung von der Zahl

(5) http://www.unesco.org/education/information/nfsunesco/doc/isced_1997.htm.



der Jugendlichen, die die weitere Verbesserung ihrer Fertigkeiten im Rahmen der Erstausbildung anstreben, und umfasst sowohl diejenigen, die einen regulären Bildungsweg ohne Verzögerung durchlaufen haben, als auch diejenigen, die ihren Bildungsweg fortsetzen, obwohl sie bereits einige Abschnitte wiederholen mussten.

Die **Schüler/Lehrer-Raten** errechnen sich aus der in Vollzeitäquivalenten ausgedrückten Zahl der Schüler und Studenten auf den jeweiligen Bildungsebenen, dividiert durch die Zahl der Lehrkräfte in Vollzeitäquivalenten auf der gleichen Ebene; alle Bildungseinrichtungen, öffentliche wie private, sind eingeschlossen. Die Schüler/Lehrer-Rate ist nicht identisch mit der durchschnittlichen Klassenstärke, denn zwischen den von den einzelnen Lehrern erteilten Lehrstunden und den für die Schüler vorgeschriebenen Unterrichtsstunden kann ein Unterschied bestehen, mehrere Lehrer können gleichzeitig in einer Klasse unterrichten oder Sonderpädagogen können in Kleingruppen arbeiten oder Einzelunterricht erteilen.

Der Indikator **höchster erreichter Bildungsgrad der Jugendlichen** wird definiert als der Prozentsatz der Jugendlichen im Alter von 20 bis 24 Jahren, die mindestens die Sekundarstufe II abgeschlossen haben, d. h. mindestens einen Bildungsabschluss der ISCED Ebenen 3a, 3b oder 3c (Zähler) besitzen. Der Nenner besteht aus der Grundgesamtheit derselben Altersgruppe mit Ausnahme derjenigen, die nicht geantwortet haben.

Der Indikator **frühzeitige Schulabgänger** wird definiert als Prozentsatz der 18 bis 24 Jährigen, die höchstens einen Abschluss der Sekundarstufe I besitzen und nicht an einem Weiterbildungsprogramm teilnehmen (die Befragten haben in den vier Wochen vor der Erhebung nach eigenen Angaben nicht an Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen teilgenommen). Der Nenner besteht aus der Grundgesamtheit derselben Altersgruppe mit Ausnahme derjenigen, die nicht geantwortet haben.

Wichtigste Ergebnisse

2006 waren etwa 93,9 Mio. Schüler und Studenten in Bildungseinrichtungen der EU-27 eingeschrieben. Den höchsten Anteil von Schülern und Studenten am Gesamtwert der EU-27 verzeichnete Deutschland, wo 2006 14,4 Mio. Schüler und Studenten Bildungseinrichtungen besuchten; dies waren 1,7 Mio. mehr als im Vereinigten Königreich, dem Land mit der zweitgrößten Schüler- und Studentenpopulation, und 2,1 Millionen mehr als in Frankreich.

Die Anteile der Schüler und Studenten auf den einzelnen Bildungsebenen sind zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich und bis zu einem gewissen Umfang durch die jeweilige demografische Struktur bedingt. Der hohe Anteil von Grundschulern in Luxemburg (46,0 % im Jahr 2006) spiegelt die Tatsache wider, dass es in diesem Land keinen gut entwickelten tertiären Bildungsbereich gibt, während der von Irland, Zypern und Portugal gemeldete vergleichsweise hohe

Schüleranteil im Primarbereich (mehr als 40 %) auf relativ hohe Geburtenraten zurückzuführen ist. Am anderen Ende der Skala verzeichneten Griechenland, Slowenien, die baltischen Mitgliedstaaten, Polen und Finnland relativ hohe Studentenanteile (rund ein Viertel oder mehr) in tertiären Bildungseinrichtungen.

In den vorstehenden Zahlen ist der Elementarbereich, also die Vorschulerziehung – 2006 besuchten 86,8 % aller Vierjährigen in der EU-27 eine Vorschule – nicht berücksichtigt. Die Beteiligung an der Vorschulerziehung schwankte zwischen 100 % in Belgien, Frankreich und Italien und weniger als 50 % in Finnland, Irland und Polen.

Mehr als drei Viertel (77,4 %) aller 18-Jährigen in der EU-27 waren 2006 noch im Bildungssystem eingeschrieben. Dieser Prozentsatz variierte allerdings erheblich zwischen den Mitgliedstaaten: In sechs Ländern besuchten mehr als neun von zehn Personen dieses Alters noch eine Bildungseinrichtung, in drei Mitgliedstaaten (Zypern, Malta und Vereinigtes Königreich) traf dies dagegen auf weniger als die Hälfte aller 18-Jährigen zu. Dabei ist zu beachten, dass diese Zahlen durch viele Faktoren beeinflusst werden können, etwa durch die Notwendigkeit, ins Ausland zu gehen, um (an einer Hochschule) studieren zu können, oder dadurch, dass Studenten, deren Leistungen am Ende eines Studienjahres als nicht zufriedenstellend eingestuft werden, normalerweise ein ganzes Jahr wiederholen müssen.

Die Schüler/Lehrer-Raten im Primarbereich reichten 2006 von durchschnittlich weniger als 11 Schülern pro Lehrer in Griechenland, Italien, Litauen, Luxemburg (2004), Ungarn und Polen bis hin zu einer fast doppelt so hohen Rate in Irland, Frankreich (2005) und dem Vereinigten Königreich (alle mehr als 19 Schüler pro Lehrer). Zwischen 2001 und 2006 war in den meisten Mitgliedstaaten ein allgemeiner Rückgang der durchschnittlichen Schülerzahl pro Lehrer zu beobachten.

Im Sekundarbereich war die durchschnittliche Zahl der Schüler pro Lehrer im Allgemeinen niedriger als im Primarbereich, mit einem Durchschnitt von weniger als zehn Schülern pro Lehrer in der Sekundarstufe II in Griechenland, Spanien, Luxemburg (2004) und Portugal. Die bei weitem höchste durchschnittliche Schülerzahl je Lehrer innerhalb der Sekundarstufe II wies im Jahr 2006 Deutschland mit 19,5 Schülern aus – 2001 hatte dieser Wert noch bei 13,7 gelegen.

Die Daten über den Bildungsgrad zeigen, dass 2007 gut drei Viertel (78,1 %) der Bevölkerung der EU-27 im Alter von 20 bis 24 Jahren wenigstens die Sekundarstufe II abgeschlossen hatten. 14,8 % der 18- bis 24-Jährigen (16,9 % der Männer und 12,7 % der Frauen) waren jedoch frühzeitige Schulabgänger, die höchstens einen Abschluss der Sekundarstufe I hatten.



Tabelle 4.1: Schüler und Studenten (ohne Vorschulerziehung) (1)

	Aufschlüsselung der Gesamtzahl der Schüler und Studenten (in %)									
	Insgesamt (ISCED1-6) (in Tsd.)		Primarbereich (ISCED 1)		Sekundarbereich I (ISCED 2)		Sekundarbereich II und nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich (ISCED 3-4)		Tertiäre Bildung (ISCED 5-6)	
	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006
EU-27	96 001	93 901	31,2	30,4	24,4	24,4	25,7	25,1	17,2	20,0
Eurozone (2)	56 630	57 796	31,0	30,4	27,5	26,3	21,7	23,5	18,2	19,3
Belgien	2 304	2 410	33,5	30,4	17,1	18,0	33,8	35,2	15,6	16,4
Bulgarien	1 322	1 193	28,3	22,9	27,7	25,2	25,3	31,5	18,7	20,4
Tsch. Republik	1 932	1 869	32,6	25,3	26,8	26,1	27,1	30,5	13,5	18,0
Dänemark	1 029	1 142	38,5	36,4	20,0	20,6	23,0	22,9	18,5	20,0
Deutschland	14 515	14 394	24,2	23,1	38,9	36,7	22,1	23,7	14,4	15,9
Estland	306	278	38,3	28,6	20,7	21,3	22,1	25,6	18,9	24,5
Irland	987	1 036	45,0	44,6	18,6	17,1	19,6	20,4	16,9	18,0
Griechenland	1 906	2 042	33,4	31,6	18,9	16,6	22,6	19,8	25,1	32,0
Spanien	7 597	7 529	33,0	35,2	26,2	26,3	16,6	14,8	24,1	23,8
Frankreich	11 849	12 321	32,4	32,9	27,9	26,7	21,9	22,4	17,1	17,9
Italien	9 144	9 464	30,9	29,7	19,9	19,1	29,4	29,8	19,8	21,4
Zypern	140	146	45,6	40,9	23,4	22,3	22,5	22,7	8,5	14,1
Lettland	510	472	24,6	16,7	33,7	31,8	21,5	23,8	20,2	27,8
Litauen	787	784	26,9	19,2	42,2	39,2	13,7	16,2	17,3	25,4
Luxemburg	70	77	47,3	46,0	22,9	23,7	26,1	26,8	3,6	3,5
Ungarn	1 924	1 952	25,5	21,3	26,3	24,5	31,1	31,8	17,2	22,5
Malta	78	78	43,0	37,9	37,2	35,6	10,3	15,0	9,5	11,4
Niederlande	3 217	3 318	39,8	38,5	24,1	23,7	20,3	20,3	15,7	17,5
Österreich	1 464	1 471	26,8	24,2	26,1	26,8	29,0	31,8	18,1	17,2
Polen	9 153	8 663	35,2	30,0	13,1	18,6	32,4	26,6	19,4	24,8
Portugal	2 002	1 862	40,0	40,4	20,6	21,1	20,0	18,8	19,4	19,7
Rumänien	3 954	3 831	27,6	24,5	33,4	25,1	25,5	28,6	13,5	21,8
Slowenien	403	403	21,4	23,2	24,7	19,3	31,2	29,1	22,7	28,5
Slowakei	1 114	1 089	26,9	21,6	35,8	31,7	24,3	28,5	12,9	18,2
Finnland	1 172	1 246	33,5	29,9	16,4	16,4	26,2	29,0	23,9	24,8
Schweden	2 085	2 096	37,3	33,0	17,1	20,1	27,5	26,7	17,0	20,2
Ver. Königreich	15 038	12 736	30,6	35,5	15,4	17,9	40,3	28,2	13,7	18,3
Kroatien	:	733	:	26,6	:	28,2	:	26,6	:	18,7
EJR Mazedonien	387	366	32,0	28,7	33,2	31,6	24,4	26,4	10,4	13,2
Türkei	14 893	16 275	70,2	65,6	:	:	:	:	10,8	14,4
Island	74	84	42,7	36,1	15,9	16,5	27,7	28,7	13,7	18,6
Liechtenstein	:	6	:	36,2	:	26,1	:	27,5	:	10,3
Norwegen	993	1 068	42,9	40,2	16,3	17,9	21,6	21,8	19,1	20,1
Schweiz	:	1 340	:	38,6	:	22,4	:	23,0	:	15,3
Japan	20 254	19 095	36,5	37,9	20,4	19,1	22,2	20,5	19,6	21,4
Ver. Staaten	63 653	66 793	39,7	36,4	19,7	19,5	19,2	17,9	21,4	26,2

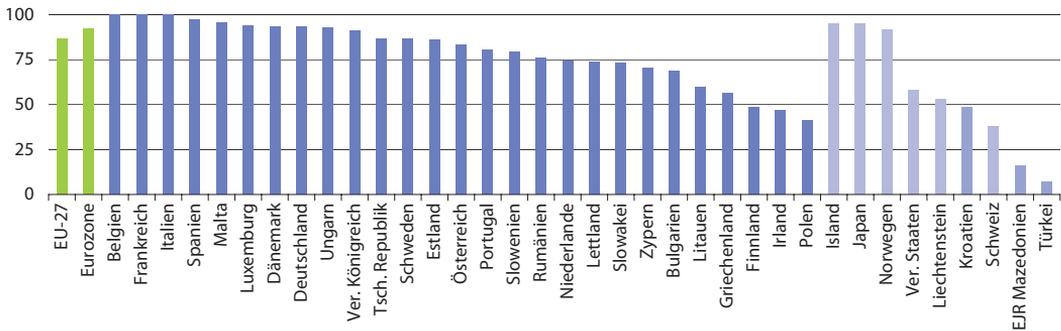
(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

(2) 2001: EZ-13 statt EZ-15.

Quelle: Eurostat (tps00051 und educ_enr1t1)

Abbildung 4.1: Bildungsbeteiligungsquote der Vierjährigen, 2006 (1)

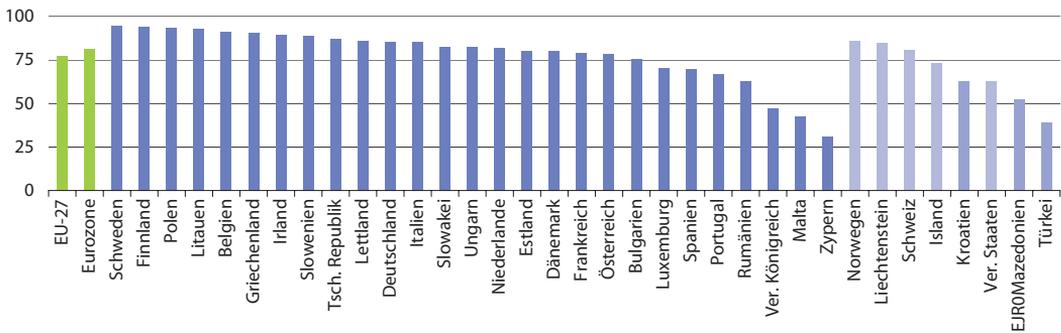
(in % aller Vierjährigen)

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

Quelle: Eurostat (tps00053)

Abbildung 4.2: Bildungsbeteiligungsquote der 18-Jährigen, 2006 (1)

(in % aller 18-Jährigen)

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

Quelle: Eurostat (tps00060)



Tabelle 4.2: Schüler/Lehrer-Rate im Primarbereich und im Sekundarbereich I und II (1)
(durchschnittliche Schülerzahl pro Lehrer)

	Primarbereich (ISCED 1)		Sekundarbereich I oder zweite Stufe der Grundbildung (ISCED 2)		Sekundarbereich II (ISCED 3)	
	2001	2006	2001	2006	2001	2006
Belgien	13,4	12,6	:	9,4	9,8	10,2
Bulgarien	17,7	15,8	13,0	12,3	11,3	11,7
Tsch. Republik	19,4	17,3	14,5	12,3	13,1	11,9
Dänemark	10,2	:	10,3	11,4	13,3	:
Deutschland	19,4	18,7	15,7	15,5	13,7	19,5
Estland	14,7	14,1	11,2	12,3	10,3	13,3
Irland	20,3	19,4	15,1	:	15,1	14,6
Griechenland	12,7	10,6	9,8	8,0	11,3	8,3
Spanien	14,7	14,2	:	12,5	11,0	7,8
Frankreich (2)	19,5	19,4	13,9	14,2	10,9	10,3
Italien	10,8	10,7	9,9	10,3	10,4	11,0
Zypern	21,1	16,8	15,1	11,6	13,6	12,7
Lettland	17,6	11,8	13,2	10,5	13,2	11,7
Litauen	16,9	10,7	12,0	8,5	:	:
Luxemburg (3)	11,0	10,7	9,1	:	9,1	9,0
Ungarn	11,3	10,4	11,2	10,2	12,5	12,3
Malta	19,0	13,7	9,9	9,3	18,1	14,3
Niederlande	17,2	15,3	:	:	17,1	15,8
Österreich	14,3	13,9	9,8	10,4	9,9	11,3
Polen	12,5	11,4	13,1	12,6	16,8	12,7
Portugal	11,6	10,6	9,9	8,3	8,0	7,5
Rumänien	:	17,1	14,8	12,2	13,3	15,7
Slowenien	13,1	14,9	13,3	10,2	13,8	14,0
Slowakei	20,7	18,6	14,5	13,7	12,9	14,2
Finnland	16,1	15,0	10,9	9,7	17,0	15,8
Schweden	12,4	12,1	12,4	11,4	16,6	13,8
Ver. Königreich	20,8	19,8	17,5	16,7	18,9	11,4
Kroatien	:	17,7	:	12,8	:	11,8
EJR Mazedonien	21,2	:	11,4	:	18,9	17,3
Türkei	29,8	26,7	:	:	17,2	15,8
Island	12,6	:	:	10,6	10,9	10,8
Liechtenstein	:	10,5	:	7,3	:	11,4
Norwegen	:	10,9	10,9	10,2	9,2	9,7
Japan	20,6	19,2	16,6	14,9	14,0	12,7
Ver. Staaten	:	14,6	:	14,7	:	15,7

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

(2) Daten für 2005 statt 2006.

(3) Daten für 2004 statt 2006.

Quelle: Eurostat (tps00054 und educ_iste)



Tabelle 4.3: Höchster erreichter Bildungsgrad der Jugendlichen und frühzeitigen Schulabgänger (1)

	Bildungsgrad der Jugendlichen (in %)		Frühzeitige Schulabgänger (in %)					
			Insgesamt		Männer		Frauen	
	2002	2007	2002	2007	2002	2007	2002	2007
EU-27	76,7	78,1	17,1	14,8	19,3	16,9	14,9	12,7
Eurozone	72,7	74,5	19,3	17,1	22,0	19,6	16,6	14,5
Belgien	81,6	82,6	12,4	12,3	14,9	13,9	9,9	10,7
Bulgarien	77,4	83,3	21,0	16,6	22,5	16,3	19,6	16,9
Tsch. Republik (2)	92,2	91,8	5,5	5,5	5,3	5,7	5,7	5,4
Dänemark	78,6	70,8	8,6	12,4	10,3	15,7	6,9	8,9
Deutschland	73,3	72,5	12,6	12,7	12,6	13,4	12,6	11,9
Estland	81,4	80,9	12,6	14,3	15,6	21,0	9,6	:
Irland	84,0	86,7	14,7	11,5	18,4	14,2	10,9	8,7
Griechenland	81,1	82,1	16,7	14,7	20,7	18,6	12,6	10,7
Spanien	63,7	61,1	29,9	31,0	36,4	36,1	23,1	25,6
Frankreich	81,7	82,4	13,4	12,7	14,9	14,6	11,9	10,9
Italien	69,6	76,3	24,3	19,3	27,9	22,6	20,7	15,9
Zypern	83,5	85,8	15,9	12,6	22,3	19,5	11,0	6,8
Lettland	77,1	80,2	19,5	16,0	26,7	19,7	12,2	12,3
Litauen	81,3	89,0	14,3	8,7	15,1	11,4	13,4	5,9
Luxemburg	69,8	70,9	17,0	15,1	14,4	19,2	19,6	11,1
Ungarn	85,9	84,0	12,2	10,9	12,5	12,5	11,8	9,3
Malta	39,0	54,7	53,2	37,6	56,5	41,5	49,7	33,3
Niederlande	73,1	76,2	15,0	12,0	15,7	14,4	14,3	9,6
Österreich	85,3	84,1	9,5	10,9	8,7	11,6	10,2	10,2
Polen	89,2	91,6	7,6	5,0	9,5	6,4	5,6	3,6
Portugal	44,4	53,4	45,1	36,3	52,6	42,0	37,5	30,4
Rumänien	76,3	77,4	23,2	19,2	24,3	19,2	22,1	19,1
Slowenien	90,7	91,5	4,8	4,3	6,2	5,7	3,3	2,7
Slowakei	94,5	91,3	5,6	7,2	6,7	8,1	4,6	6,3
Finnland	85,8	86,5	9,9	7,9	12,6	9,7	7,3	6,3
Schweden (2)	86,7	87,2	10,4	12,0	11,4	13,3	9,3	10,7
Ver. Königreich (2)	77,1	78,1	17,8	13,0	18,8	14,6	16,7	11,4
Kroatien (3)	90,6	94,6	8,3	3,9	9,1	5,2	7,4	5,3
Türkei	42,8	46,4	54,8	47,6	45,4	39,4	63,5	55,0
Island (2, 3)	48,5	49,3	28,8	28,1	32,7	31,5	24,8	24,6
Norwegen (2, 3)	94,8	93,3	14,0	5,9	14,9	7,4	13,1	4,3
Schweiz (3)	79,4	78,1	6,7	7,6	6,3	8,5	7,1	6,7

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

(2) Frühzeitige Schulabgänger: 2006 statt 2007.

(3) Bildungsgrad der Jugendlichen: 2006 statt 2007.

Quelle: Eurostat (tsiir110 und tsisc060)



4.2 Fremdsprachen

Einleitung

In der EU sind 23 Sprachen als Amtssprachen anerkannt. Daneben gibt es regionale Sprachen, Minderheitensprachen und Migrantensprachen. Diese Sprachen werden überwiegend in der Schule gelernt, daneben wird aber auch an Universitäten, in Erwachsenenbildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz die Mehrsprachigkeit aktiv gefördert.

Seit mehreren Jahrzehnten müssen die meisten europäischen Kinder während ihrer Pflichtschulzeit mindestens eine Fremdsprache erlernen. Generell hat die für den Sprachunterricht aufgewendete Zeit in den vergangenen Jahren zugenommen. 2002 sprach der Europäische Rat von Barcelona die Empfehlung aus, jeder Schüler sollte mindestens zwei Fremdsprachen lernen und damit bereits in einem sehr frühen Alter beginnen. Diese Empfehlung wurde seither in unterschiedlichem Umfang umgesetzt, in der Regel im Pflichtsekundarbereich, indem entweder eine zweite Fremdsprache zum Pflichtfach gemacht oder dafür gesorgt wurde, dass den Schülern im Lehrplan die Möglichkeit zum Erlernen einer zweiten Fremdsprache angeboten wird. Im November 2005 veröffentlichte die Europäische Kommission die Mitteilung „Eine neue Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit“ (KOM(2005) 596)⁽⁶⁾. Die EU fördert die Mehrsprachigkeit und strebt an, dass jeder EU-Bürger zusätzlich zu seiner Muttersprache mindestens zwei weitere Sprachen sprechen kann, denn sie geht davon aus, dass mehrsprachige Bürger besser gerüstet sind, Bildungs- und Beschäftigungschancen zu nutzen. Die genannte Mitteilung ergänzt den Aktionsplan 2004/2006 zur

Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt⁽⁷⁾, der darauf abgestellt war, die Vorteile des lebenslangen Erlernens von Fremdsprachen allen Bürgern zugute kommen zu lassen, die Qualität des Sprachunterrichts zu verbessern und ein sprachenfreundliches Umfeld zu schaffen.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die Daten zur Zahl der Fremdsprachen lernenden Schüler werden zur entsprechenden Zahl der eingeschriebenen Schüler ins Verhältnis gesetzt; geistig Behinderte an Sonderschulen werden nicht berücksichtigt.

Die **durchschnittliche Zahl der erlernten Fremdsprachen pro Schüler** wird für verschiedene ISCED Ebenen erhoben. Die Daten beziehen sich auf alle Schüler, auch wenn der Sprachunterricht auf der jeweiligen ISCED Ebene nicht in den ersten Unterrichtsjahren beginnt. Der Indikator wird definiert als die Summe der eine Fremdsprache erlernenden Schüler dividiert durch die Gesamtzahl der Schüler der betreffenden Bildungsebene. Jeder Schüler, der eine Fremdsprache lernt, wird einmal für jede von ihm erlernte Fremdsprache erfasst, d. h. Schüler, die mehrere Fremdsprachen lernen, werden auch mehrmals erfasst. Irisch, Luxemburgisch und Regionalsprachen werden nicht mitgezählt, in bestimmten Ländern können jedoch Sonderregelungen für Regionalsprachen gelten. Wird eine der Landessprachen in Schulen unterrichtet, wo sie nicht die Unterrichtssprache ist, so wird sie – von Ausnahmen abgesehen – nicht als Fremdsprache eingestuft.

(6) <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0596:FIN:DE:PDF>.

(7) http://ec.europa.eu/education/doc/official/keydoc/actlang/act_lang_de.pdf.

Wichtigste Ergebnisse

In den Grundschulen überwiegt ganz deutlich der Anteil der Schüler, die Englisch als (Wahl-)Fremdsprache lernen. In einigen Ländern ist Englisch Pflichtfach in den Sekundarschulen, und in mehreren Mitgliedstaaten lag der Anteil der Schüler, die diese Sprache bereits in der Grundschule lernen, bei (fast) 100 %. Die höchsten Anteile Englisch lernender Grundschüler verzeichneten Griechenland, Spanien, Italien, Malta und Österreich, wo mehr als neun von zehn Kindern Englisch lernten. Die relative Bedeutung von Englisch als Fremdsprache könnte dadurch noch verstärkt werden, dass die Schüler im Allgemeinen mehr Unterricht in ihrer ersten Fremdsprache erhalten als in weiteren Sprachen, die sie später vielleicht noch dazulernen.

Die zwölf 2004 zur EU hinzugekommenen Mitgliedstaaten befinden sich im Hinblick auf den Fremdsprachenunterricht in einer besonderen Situation, denn in vielen von ihnen war Russisch bis dahin Pflichtfach. Dies hat sich

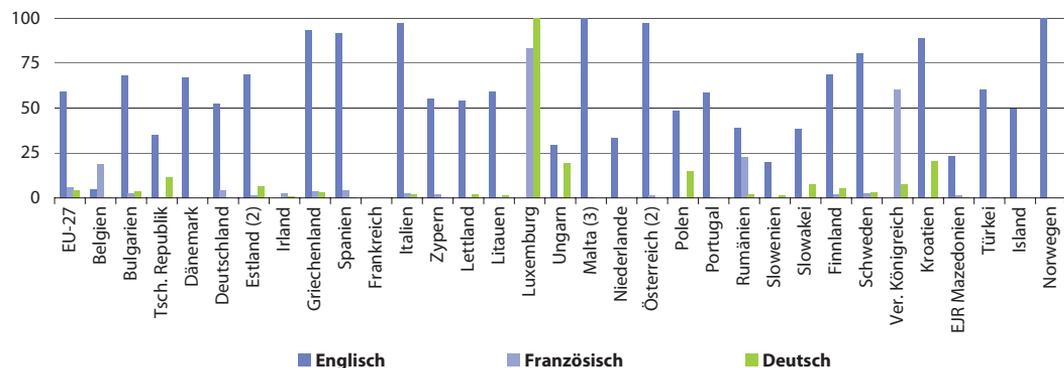
seither geändert, und heute können die meisten Schüler frei entscheiden, welche Sprache(n) sie lernen (möchten). Auch in diesen Ländern hat sich der Anteil der Englisch lernenden Schüler deutlich erhöht (und liegt oft bei mehr als 50 % aller Schüler). Luxemburg ist ebenfalls von besonderem Interesse, denn es hat drei Amtssprachen und die meisten Schüler werden im Primarbereich in Luxemburgisch, Deutsch und Französisch unterrichtet, während Englisch als Fremdsprache in der Sekundarstufe hinzukommt.

Im Sekundarbereich lernten im Jahr 2006 84,1 % aller Schüler auf der ISCED-Ebene 3 (Sekundarstufe II) Englisch, weniger als ein Viertel dagegen Französisch (24,3 %) oder Deutsch (22,2 %).

Luxemburg und Estland stachen als die beiden Länder mit der höchsten durchschnittlichen Zahl erlernter Fremdsprachen pro Schüler hervor; dabei ist zu beachten, dass dieser Indikator neben Englisch, Französisch und Deutsch auch andere Sprachen (z. B. Russisch) umfasst.

Abbildung 4.3: Anteil der Fremdsprachen lernenden Schüler im Primarbereich, nach Sprachen, 2006 (1)

(in %)



(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm). Frankreich: nicht verfügbar; Luxemburg: nicht verfügbar für Englisch; Niederlande und Norwegen: nicht verfügbar für Französisch und Deutsch; Slowenien und Island: nicht verfügbar für Französisch.

(2) Schätzungen.

(3) 2005 für Französisch und Deutsch.

Quelle: Eurostat (educ_ilang), Unesco, OECD

**Tabelle 4.4:** Erlernte Fremdsprachen pro Schüler in Sekundarstufe II (ISCED-Ebene 3) (1)

	Im Durchschnitt pro Schüler erlernte Fremdsprachen (Zahl)		Schüler, die in allgemeinen Bildungsgängen Englisch lernen (in %)		Schüler, die in allgemeinen Bildungsgängen Französisch lernen (in %)		Schüler, die in allgemeinen Bildungsgängen Deutsch lernen (in %)	
	2001	2006	2001	2006	2001	2006	2001	2006
EU-27	1,3	1,3	71,0	84,1	18,1	22,2	19,4	24,3
Belgien	1,8	1,7	94,1	94,4	48,3	48,1	30,3	28,4
Bulgarien	1,4	1,5	79,0	86,1	20,8	15,3	38,6	40,3
Tsch. Republik	1,3	1,4	96,6	100,0	14,7	25,0	75,7	72,2
Dänemark	1,5	1,5	91,0	99,9	22,9	22,6	69,6	71,9
Deutschland	0,7	0,9	92,0	94,3	29,4	28,7	-	-
Estland	2,2	2,2	90,9	92,6	4,3	6,1	46,3	44,1
Irland	0,9	0,9	-	-	66,2	60,5	19,1	18,2
Griechenland	1,0	1,0	94,3	94,0	14,0	8,6	3,1	2,9
Spanien	1,2	1,2	95,5	94,6	23,9	27,1	0,9	1,1
Frankreich	1,7	1,7	99,3	99,4	-	-	31,2	22,8
Italien	1,2	1,4	81,0	96,9	27,0	21,4	7,8	7,7
Zypern	1,6	1,6	89,8	88,1	68,7	38,3	1,3	2,4
Lettland	:	1,2	89,2	94,9	4,0	4,1	51,8	35,1
Litauen	1,6	1,4	73,7	82,3	7,8	5,4	37,0	27,2
Luxemburg	2,3	2,3	93,1	97,0	89,4	97,0	87,6	97,0
Ungarn	1,2	1,2	60,6	73,3	6,1	6,2	47,8	49,9
Malta (2)	0,7	0,6	80,7	63,5	8,1	7,9	0,8	1,7
Niederlande	1,6	:	98,2	100,0	26,7	70,1	32,0	86,2
Österreich	:	1,4	:	96,9	:	54,1	-	-
Polen	1,4	1,7	90,1	90,0	15,2	10,0	62,4	64,0
Portugal	:	0,8	:	50,7	:	15,1	:	1,6
Rumänien	1,4	1,6	86,1	94,8	84,8	83,6	10,8	11,6
Slowenien	1,4	1,6	95,6	98,9	7,8	10,2	83,3	77,0
Slowakei	1,4	1,5	95,9	97,7	13,1	16,0	78,8	72,6
Finnland	:	:	99,5	99,5	22,2	19,7	43,3	35,4
Schweden	1,7	1,6	99,8	99,9	25,6	22,4	53,5	32,4
Ver. Königreich	:	0,6	-	-	:	34,8	:	13,1
Kroatien	:	1,4	:	98,3	:	3,4	:	65,6
EJR Mazedonien	1,3	1,5	:	:	:	:	:	:
Türkei	:	0,8	:	67,3	:	0,7	:	6,5
Island	1,3	1,5	65,9	76,1	16,4	17,1	32,8	30,7
Norwegen	:	0,8	:	:	:	:	:	:

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

(2) Zahl der im Durchschnitt pro Schüler erlernten Fremdsprachen: 2005 statt 2006.

Quelle: Eurostat (tps00056, tps00057, tps00058 und tps00059), Unesco, OECD

4.3 Tertiäre Bildung

Einleitung

In Europa gibt es rund 4 000 Hochschulinrichtungen mit mehr als 17 Mio. Studenten und 1,5 Mio. Mitarbeitern. Einige der europäischen Universitäten gehören zu den renommiertesten der Welt. Die höhere Bildung spielt eine zentrale Rolle für die Entwicklung des Menschen und der modernen Gesellschaft, indem sie für eine Verbesserung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung, der aktiven Staatsbürgerschaft und der ethischen Werte sorgt.

Die Europäische Kommission hat im Rahmen ihrer Lissabon Strategie für Wachstum und Beschäftigung ein Modernisierungsprogramm für Universitäten veröffentlicht. Die wichtigsten Reformbereiche der Reformen:

- Lehrplanreform: System aus drei Bildungszyklen (Bachelor, Master, Promotion), kompetenzbasiertes Lernen, flexible Lernangebote, Anerkennung von Qualifikationen, Mobilität,
- Verwaltungsreform: Autonomie der Hochschulen, strategische Partnerschaften, u. a. mit Unternehmen, Qualitätssicherung,
- Finanzreform: diversifizierte Einkommensquellen für Universitäten mit stärkerer Kopplung an Leistungen, Förderung von Gerechtigkeit, Zugangsmöglichkeiten und Effizienz, eventuell durch Studiengebühren, Stipendien und Darlehen.

Lehrplanreformen werden auch durch den Bologna-Prozess⁽⁸⁾ gefördert. Darin ist vorgesehen, dass bis 2010 ein europäischer Raum für Hochschulbildung entstehen soll, in dem die Mobilität der Studierenden sowie die Transparenz und Anerkennung der Qualifikationen erleichtert wird, während gleichzeitig eine europäische Dimension in der Hochschulbildung gefördert und die Attraktivität europäischer Bildungseinrichtungen für Studenten aus Drittländern gesteigert wird. Diese Initiative umfasst inzwischen 46 Länder im größeren europäischen Raum.

Das Programm Erasmus zählt zu den bekanntesten politischen Programmen der EU. Rund 90 % der europäischen Universitäten wirken an Erasmus mit, und seit dem Start 1987 haben bereits rund 1,9 Mio. Studenten an Austauschprogrammen teilgenommen. 2007 wurde Erasmus Teil des EU-Programms für lebenslanges Lernen. Dabei wurde es ausgeweitet und deckt nun auch Unternehmenspraktika für Studenten, Fortbildungsmaßnahmen für Hochschulpersonal sowie Lehraktivitäten von Unternehmensmitarbeitern ab. In den kommenden Jahren sollen die Mobilitätsmaßnahmen des Programms weiter ausgedehnt werden, und die Zahl der Erasmus-Studenten soll bis 2012 auf 3 Mio. steigen.

Zu den jüngsten politischen Initiativen in diesem Bereich gehören Bestrebungen, einen Dialog zwischen Universitäten und Unternehmen anzustoßen, um zwischen

(8) http://ec.europa.eu/education/policies/educ/bologna/bologna_en.html.



ihnen Verbindungen in Bereichen wie Lehrplanentwicklung, Verwaltung, unternehmerische Initiative, Weiterbildung und Wissenstransfer aufzubauen. Darüber hinaus wurde am 23. November 2007 eine Entschließung des Rates zur Modernisierung der Universitäten im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas in einer globalen wissensbasierten Wirtschaft ⁽⁹⁾ angenommen.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Für die Definition der Bildungsebenen wird die ISCED herangezogen: Die **tertiäre Bildung** umfasst sowohl weitgehend theoretisch orientierte Bildungsgänge, die den Zugang zu höheren forschungsorientierten Bildungsgängen oder zu Berufen mit hohen Qualifikationsanforderungen eröffnen sollen, als auch Bildungsgänge auf der gleichen Qualifikationsebene, die jedoch stärker berufsorientiert sind und auf den direkten Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten. Zielpopulation für hochschulpolitische Maßnahmen sind die im Tertiärbereich des regulären Bildungssystems (in universitären und nichtuniversitären Studiengängen) der einzelnen Länder eingeschriebenen Personen. Diese Population entspricht mehr oder weniger der Zahl der Personen, die eine Hochschulausbildung aufgenommen haben, ihre Studien voraussichtlich abschließen werden und so zu einer Erhöhung des Bildungsgrades der Bevölkerung des Landes beitragen, sofern sie nach Abschluss ihrer Studien weiter im Land leben und arbeiten.

Die **Mobilität von Studenten und Lehrkräften** wird als wichtiges Instrument zur Steigerung von Innovation, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Früher verfügten die Länder nur selten über detaillierte Angaben zur Zahl ihrer Studenten an ausländischen Hochschulen. Entsprechende Statistiken wurden in der Regel erstellt, indem die in den Gastländern ermittelten Studentenzahlen addiert wurden. Diese Methode hat allerdings einen Nachteil: Da es an Informationen über die Verteilung der Studenten nach Nationalitäten fehlt, dürfte es zu einer Unterschätzung der Zahlen kommen (so kann beispielsweise die Zahl der im Ausland studierenden Studenten erfasst werden, indem die an einem bestimmten Tag eingeschriebenen Studenten gezählt werden; die tatsächliche Zahl ausländischer Studenten könnte jedoch höher sein, da viele Studenten nur wenige Monate im Ausland bleiben). Die Zahl der ausländischen Studenten kann definiert werden als alle Studenten mit ausländischer Staatsangehörigkeit – dies bedeutet allerdings, dass auch dauerhaft im Land lebende ausländische Staatsangehörige im Zähler enthalten sind, obwohl sie nicht zum Studieren in ein anderes Land gegangen sind. Die Statistiken in dieser Ausgabe des Jahrbuches enthalten erstmals Informationen über die Studentemobilität, die auf der **tatsächlichen Zahl ausländischer Studenten im Gastland** beruhen und keine dauerhaft dort wohnenden ausländischen Staatsangehörigen umfassen.

(9) <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st16/st16096-re01.de07.pdf>.

Wichtigste Ergebnisse

2006 waren in der EU-27 fast 19 Mio. Studenten an den Hochschulen eingeschrieben. Während anteilmäßig mehr junge Männer als Frauen eine Berufsausbildung absolvieren, sind die Frauen im Tertiärbereich zahlreicher als die Männer. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass junge Männer manchmal möglichst schnell in einen Beruf einsteigen wollen, oder aber einen Wandel in der Einstellung der Gesellschaft gegenüber der Berufstätigkeit von Frauen widerspiegeln. Während Qualifikationen eine immer größere Bedeutung für Fortbildung oder Arbeitsuche erhalten, ist die Bildungsbeteiligungsrate junger Frauen nach Beendigung der Pflichtschulzeit in den meisten Mitgliedstaaten bemerkenswerterweise höher als die junger Männer, und junge Frauen erwerben häufiger als junge Männer Qualifikationen im Sekundarbereich II.

Die höchsten Studentenzahlen im Tertiärbereich verzeichneten Deutschland und das Vereinigte Königreich – jeweils rund 2,3 Mio., das entspricht mehr als 12 % des Gesamtwertes der EU-27. In Frankreich besuchten 2,2 Mio., in Polen 2,1 Mio. und in Italien 2 Mio. Studenten die Hochschulen.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Bildungsteilnahme und Bildungsgrad im Tertiärbereich haben sich in vielen Mitgliedstaaten in den letzten Jahrzehnten ins Gegenteil verkehrt: 2006 waren 55,1 % aller Studierenden in der EU-27 Frauen. Deutschland war das einzige Land, in dem der Anteil der Studenten (50,3 % der Gesamtzahl) höher war als der der Studentinnen.

Die bildungspolitischen Maßnahmen haben sich zunehmend auf die Förderung bestimmter Fachgebiete verlagert, deren Akzeptanz bei den Studentinnen nach wie vor relativ gering ist (z. B. Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik, Ingenieurwissenschaften oder Studiengänge im Bereich Fertigung und Bauwesen). Während Frauen sich offenbar eher zu einem Studium in den Fächern Gesundheit und soziale Dienste, Geisteswissenschaften und Kunst oder Rechts- und Wirtschaftswissenschaften hingezogen fühlen, bevorzugt ein größerer Anteil der Männer wissenschaftliche und technische, agrar- und veterinärwissenschaftliche Fächer. Rund 39,7 % der Hochschulstudenten in den Fächern Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik waren 2006 in der EU-27 Frauen, ihr Anteil in den Ingenieurwissenschaften und im Bereich Fertigung und Bau betrug 25,1 %; beide Werte wiesen gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen Anstieg auf.

Rund 9,0 % der Studentenpopulation der EU-27 studierte 2006 an einer Hochschule im Ausland. Zu den beliebtesten Studienorten im Ausland gehören Universitäten in Ländern, in denen Englisch, Französisch oder Deutsch gesprochen wird, also etwa im Vereinigten Königreich, in Österreich, Belgien, Deutschland oder Frankreich.



Tabelle 4.5: Studierende im Tertiärbereich, 2006 (1)

	Gesamtzahl der Studierenden im Tert. (in Tsd.)	davon in den Studienfächern (in %)						Gesund- heit u. soziale Dienst- leist.
		Geistes- wissen. u. Kunst	Sozial- wissen., Rechts- u. Wirtschafts.	Natur- wissen., Math. u. Informatik	Ingenieur- wesen, Fertigung u. Bauwesen	Agrar- u. Veterinär- wissen.		
EU-27	18 783	12,6	32,6	10,1	13,9	1,8	12,3	3,5
Eurozone	11 199	13,1	30,4	10,5	14,8	1,8	12,7	3,5
Belgien	394	10,5	27,5	6,9	10,6	2,5	22,1	1,5
Bulgarien	244	7,9	42,5	5,0	21,0	2,5	6,4	7,6
Tsch. Republik	337	8,5	27,6	8,5	14,4	3,7	12,1	5,3
Dänemark	229	15,0	29,5	8,0	10,1	1,5	22,2	2,3
Deutschland	2 290	15,6	27,4	15,2	15,7	1,4	14,7	2,5
Estland	68	11,6	39,0	10,0	12,3	2,5	8,5	8,5
Irland	186	15,7	23,1	11,6	10,4	1,2	12,8	4,5
Griechenland (2)	653	11,6	31,9	15,7	16,5	5,9	6,9	5,0
Spanien	1 789	10,4	31,9	11,4	17,8	3,4	9,9	5,6
Frankreich	2 201	16,5	34,5	12,3	11,5	1,0	14,2	3,5
Italien	2 029	15,5	36,5	7,9	15,6	2,3	12,5	2,6
Zypern	21	8,5	47,4	12,7	6,1	0,1	6,6	9,2
Lettland	131	7,0	54,2	5,2	10,0	1,2	5,2	4,9
Litauen	199	7,0	41,8	6,1	18,0	2,3	9,2	3,4
Luxemburg	3	8,2	45,2	8,4	15,0	0,0	0,4	0,0
Ungarn	439	8,0	41,6	5,2	12,4	2,9	8,2	8,3
Malta	9	14,0	37,4	8,4	7,6	0,2	20,3	2,2
Niederlande	580	8,4	38,0	6,7	8,3	1,2	16,4	5,9
Österreich	253	14,9	35,0	12,4	11,8	1,6	9,4	2,1
Polen	2 146	9,2	40,9	9,7	12,6	2,2	5,7	5,4
Portugal	367	8,6	31,5	7,3	21,9	1,9	16,0	5,6
Rumänien	835	10,5	50,0	4,7	18,2	2,9	5,7	3,0
Slowenien	115	7,5	43,5	5,4	15,6	3,1	7,4	8,7
Slowakei	198	6,0	28,3	9,0	16,4	2,8	15,2	5,8
Finnland	309	14,5	22,5	11,4	25,9	2,2	13,3	4,8
Schweden	423	12,6	26,2	9,7	16,3	0,9	17,2	1,8
Ver. Königreich	2 336	17,0	27,0	13,7	8,2	0,9	18,8	0,7
Kroatien	137	9,9	40,5	7,4	16,3	3,8	7,5	10,2
EJR Mazedonien	48	10,7	32,6	7,2	18,3	3,6	10,2	4,5
Türkei	2 343	6,9	47,4	7,5	13,3	3,5	5,6	3,5
Island	16	14,8	38,0	8,0	7,3	0,5	12,4	1,5
Liechtenstein	1	1,4	71,4	0,0	25,0	0,0	2,2	0,0
Norwegen	215	12,1	32,2	8,9	6,7	0,8	19,3	4,3
Schweiz	205	13,0	37,1	10,7	13,4	1,2	10,2	3,8
Japan	4 085	15,8	29,3	2,9	16,1	2,1	12,2	5,7
Ver. Staaten	17 488	10,6	27,3	8,9	6,7	0,6	13,9	5,1

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

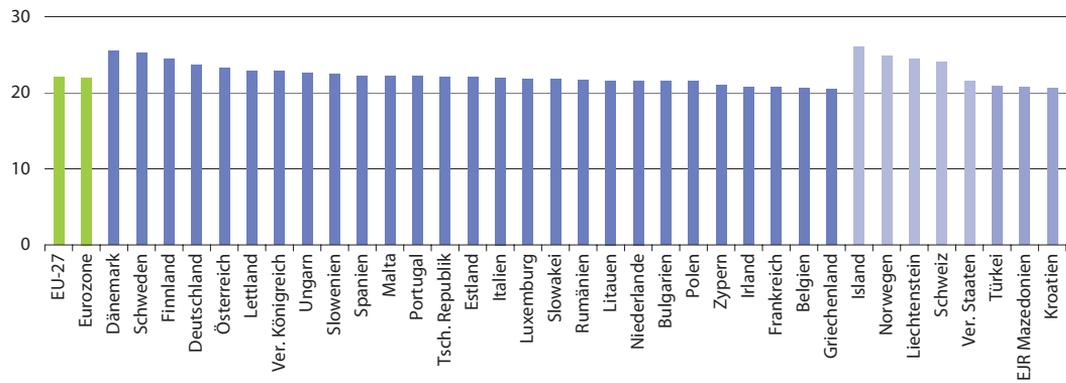
(2) Untergliederung nach Fächern für 2005.

Quelle: Eurostat (tps00062 und educ_enr15)



Abbildung 4.4: Medianalter im Tertiärbereich, 2006 (1)

(in Jahren)

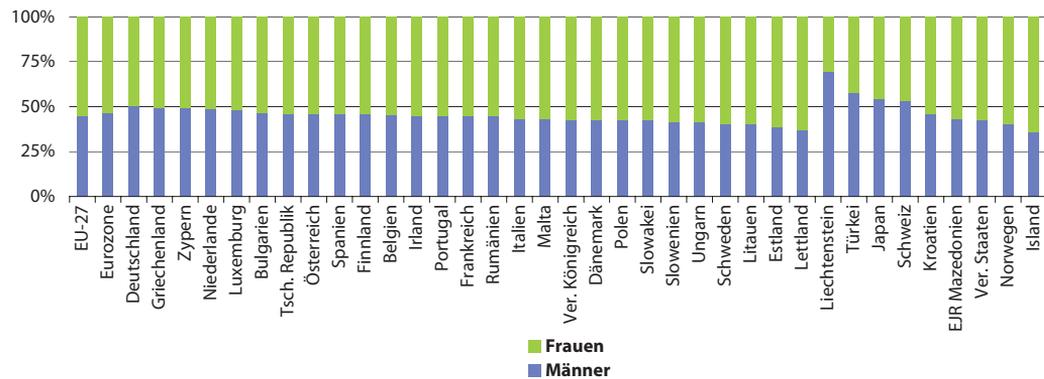


(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

Quelle: Eurostat (tps00061)

Abbildung 4.5: Hochschüler nach Geschlecht, 2006 (1)

(in % aller Hochschüler)



(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

Quelle: Eurostat (tps00063)



Tabelle 4.6: Hochschulabsolventen nach Studienfächern, 2006 (1)

	Gesamtzahl der Studierenden im Tert. (in Tsd.)	davon in den Studienfächern (in %)						
		Geistes- wissen. u. Kunst	Sozial- wissen., Rechts- u. Wirtschafts.	Natur- wissen., Math. u. Informatik	Ingenieur- wesen, Fertigung u. Bauwesen	Agrar- u. Veterinär- wissen.	Gesund- heit u. soziale Dienste	Dienst- leist.
EU-27	3 846	12,2	35,3	9,9	12,5	1,7	14,4	3,8
Eurozone	2 113	12,9	33,8	10,2	14,3	1,8	15,2	4,3
Belgien	82	9,8	28,3	7,7	9,3	2,3	18,9	2,1
Bulgarien	45	8,4	47,8	5,3	15,6	2,0	6,2	7,7
Tsch. Republik	69	7,5	28,7	7,6	15,0	3,6	12,4	5,6
Dänemark	48	13,8	30,4	7,2	10,9	2,1	23,8	3,3
Deutschland	415	15,9	23,7	11,4	13,5	1,8	20,4	3,1
Estland	12	11,4	36,6	9,4	9,9	2,2	11,6	8,6
Irland	59	19,1	34,7	13,8	12,1	0,6	11,0	2,4
Griechenland (2)	60	13,1	28,0	15,0	12,3	3,6	9,7	8,5
Spanien	286	9,2	28,3	10,0	16,5	1,8	14,2	7,6
Frankreich	644	12,1	41,6	11,1	14,7	1,5	13,0	3,9
Italien	279	17,0	38,7	6,8	15,9	1,7	12,4	2,6
Zypern	4	10,0	43,7	9,7	4,2	0,2	6,7	14,3
Lettland	26	6,2	56,0	4,6	6,8	1,0	5,2	4,9
Litauen	43	6,7	40,9	5,9	15,9	1,8	9,0	3,5
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	:
Ungarn	70	7,6	43,8	5,8	6,7	2,6	8,8	8,8
Malta	3	15,5	44,2	6,3	4,8	1,0	13,0	3,1
Niederlande	117	8,2	38,2	6,8	8,3	1,5	16,5	4,5
Österreich	35	8,7	29,7	12,6	19,8	2,1	9,9	3,7
Polen	504	8,7	42,6	8,5	8,4	1,6	7,8	5,0
Portugal	72	10,3	32,2	11,3	15,1	1,8	24,2	7,2
Rumänien	175	11,9	48,2	4,5	15,8	2,7	9,6	2,1
Slowenien	17	5,1	49,6	3,5	12,6	2,4	9,9	7,7
Slowakei	40	6,3	27,4	8,6	15,0	2,9	17,1	6,7
Finnland	40	13,5	23,4	8,7	20,7	2,3	19,1	6,0
Schweden	61	6,1	24,8	8,1	18,4	1,0	25,3	2,2
Ver. Königreich	640	15,4	30,5	13,4	8,2	0,9	18,3	0,8
Kroatien	21	9,4	39,4	6,3	11,5	3,6	8,9	13,5
EJR Mazedonien	7	13,4	26,9	7,4	13,8	4,0	12,3	5,4
Türkei	373	6,4	37,7	7,8	14,3	4,0	5,7	6,2
Island	3	11,2	34,1	8,0	6,4	0,7	11,7	1,4
Liechtenstein	0	3,0	54,5	0,0	34,8	0,0	7,6	0,0
Norwegen	34	8,8	27,0	8,2	7,5	1,1	24,5	4,8
Schweiz	69	6,5	39,4	10,3	12,1	1,6	11,0	6,7
Japan	1 068	15,2	27,0	3,0	18,2	2,2	12,8	9,7
Ver. Staaten	2 639	13,2	38,1	8,9	7,2	1,1	13,5	6,5

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

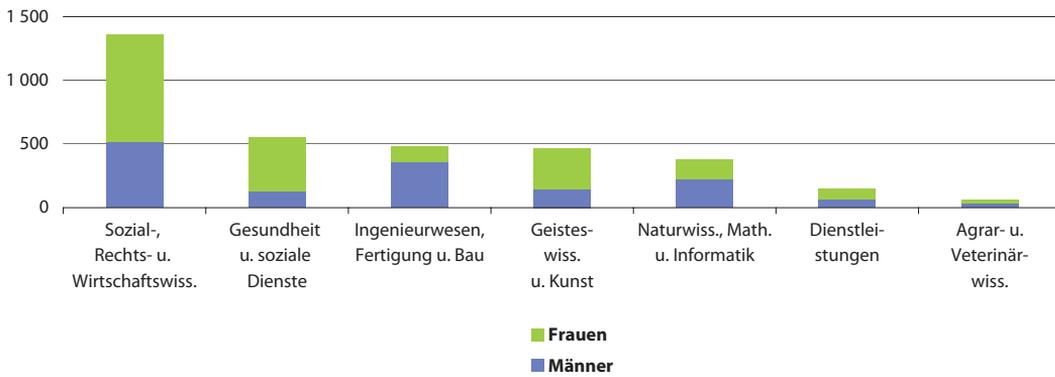
(2) 2005.

Quelle: Eurostat (educ_grad5)



Abbildung 4.6: Hochschulabsolventen nach Studienfächern und Geschlecht, EU-27, 2006 (1)

(in Tsd.)

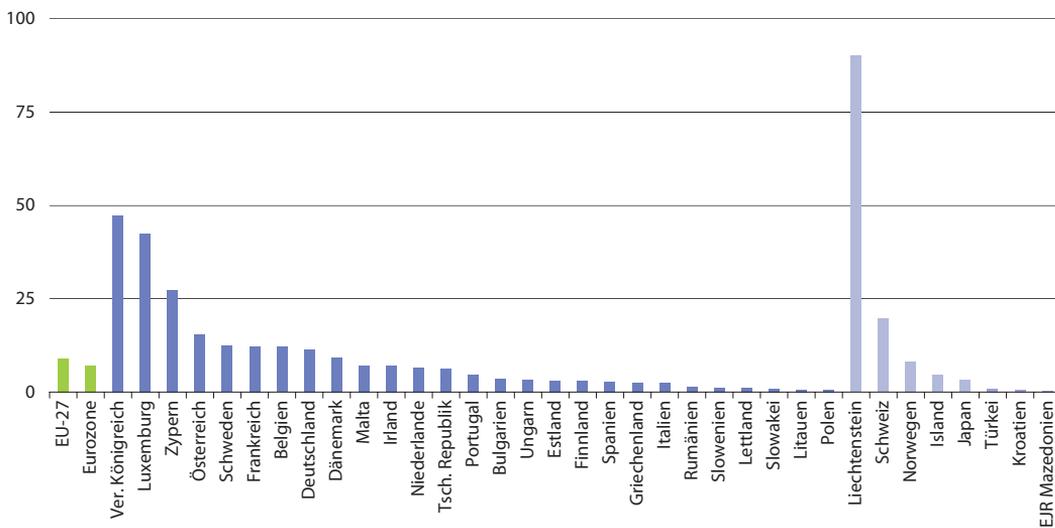


(1) Schätzungen.

Quelle: Eurostat (educ_grad5)

Abbildung 4.7: Studentenmobilität im Tertiärbereich (ISCED 5-6), 2006 (1)

(ausländische Studenten in % aller Hochschüler)



(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

Quelle: Eurostat (educ_enr18 und educ_enr11t)



4.4 Lebenslanges Lernen und berufliche Bildung

Einleitung

Die Europäische Kommission hat ihre verschiedenen Initiativen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung unter einem Dach vereint, dem Programm für lebenslanges Lernen. Dieses neue Programm ersetzt die vorangegangenen Programme für allgemeine und berufliche Bildung und E Learning, die 2006 ausgelaufen sind.

Lebenslanges Lernen wird definiert als Lernen aus persönlichen, sozialen und beruflichen Gründen. Es kann in den unterschiedlichsten Umgebungen erfolgen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der formalen Bildungssysteme. Lebenslanges Lernen zu fördern bedeutet, mehr in Menschen und ihr Wissen zu investieren, den Erwerb von Basisqualifikationen (einschließlich digitaler Kompetenz) zu unterstützen und den Weg für innovative, flexiblere Formen des Lernens zu ebnet. Menschen jeden Alters soll ein gleichberechtigter und ungehinderter Zugang zu hochwertigen Lernangeboten und einer Vielzahl von Lernerfahrungen in ganz Europa ermöglicht werden.

In Artikel 150 EG-Vertrag wird die Bedeutung der beruflichen Bildung anerkannt: „Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat folgende Ziele: ...Erleichterung der Aufnahme einer beruflichen Bildung...; Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen“⁽¹⁰⁾.

In ihrer Mitteilung vom November 2001 mit dem Titel „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“⁽¹¹⁾ stellt die Kommission in Absatz 1.1 fest: „Der Europäische Rat von Lissabon bekräftigte die Rolle des lebenslangen Lernens als Kernelement des europäischen Gesellschaftsmodells“. Das Lernen als solches ist nicht mehr nur im Bildungsbereich von Bedeutung, es wird auch in den Bereichen Beschäftigung und soziale Sicherheit, wirtschaftliche Leistung und Wettbewerbsfähigkeit als kritischer Faktor gesehen.

In zwei Leitlinien der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS)⁽¹²⁾ vom 22. Juli 2003 geht es darum, das Qualifikationsniveau durch lebenslanges Lernen zu verbessern. In ihnen werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, dem Arbeitskräftemangel und Qualifikationsengpässen entgegenzuwirken und umfassende Strategien des lebenslangen Lernens umzusetzen, um allen Arbeitskräften die heute im Erwerbsleben erforderlichen Qualifikationen zu vermitteln. Dabei wurde festgehalten, dass Investitionen in Humanressourcen insbesondere durch Erwachsenenbildung in den Unternehmen verbessert werden sollten. Anfang 2005 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Neugestaltung der Lissabon-Strategie und zur Überarbeitung der EBS vor und veröffentlichte Beschäftigungsleitlinien zusammen mit makroökonomischen und mikroökonomischen Leitlinien.

(10) Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Kapitel 3, Artikel 150 Absatz 2 (ABL. C 352 vom 24.12.2002, S. 33); http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf.

(11) „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“, KOM(2002) 678 endg. vom 21. November 2001; http://ec.europa.eu/education/policies/lll/life/communication/com_de.pdf.

(12) <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=101&langId=de>.

Das Programm Leonardo da Vinci im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung (VET) soll zu Projekten anregen, die den Einzelnen Gelegenheit geben, durch Auslandsaufenthalte ihre Kompetenzen, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten zu verbessern, und die europaweite Zusammenarbeit zwischen Ausbildungseinrichtungen fördern.

Das Programm Grundtvig wurde 2000 auf den Weg gebracht und ist heute Teil des Programms für lebenslanges Lernen. Es zielt darauf ab, Erwachsenen Möglichkeiten zu geben, ihr Wissen und ihre Kompetenzen auszubauen. Es erstreckt sich nicht nur auf Lernende in der Erwachsenenbildung, sondern auch auf Lehrkräfte, Ausbilder, Beschäftigte im Bildungswesen und Einrichtungen, die solche Leistungen anbieten.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Lebenslanges Lernen umfasst alle zielgerichteten formalen, nicht formalen oder informellen Lerntätigkeiten, die einer kontinuierlichen Verbesserung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen dienen. Die Absicht oder das Ziel des Lernens ist der entscheidende Faktor, der diese Lerntätigkeiten von anderen Tätigkeiten wie etwa kulturellen oder sportlichen Aktivitäten unterscheidet.

Bei der Statistik über lebenslanges Lernen entspricht formale Bildung der allgemeinen und beruflichen Bildung im Rahmen des regulären Systems der Schulen, Universitäten und anderen Hochschulen. Zu nicht-formalen Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen gehören alle Lernaktivitäten, die nicht Teil eines formalen Bildungsprogramms sind. In der hier dargestellten Statistik nicht enthalten ist somit das informelle, also das

selbstgesteuerte Lernen (Selbststudium mit Hilfe von Druckerzeugnissen, computergestütztes Lernen, internetgestütztes Online-Lernen, Besuch von Bibliotheken usw.).

Zielpopulation der Statistik über lebenslanges Lernen sind alle in privaten Haushalten lebenden Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren. Die Daten werden über die EU-Arbeitskräfteerhebung (AKE) eingeholt. Der in diesem Teilkapital verwendete Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe ohne diejenigen Personen, die die Frage nach der Teilnahme an Aus- und Weiterbildung nicht beantwortet haben. Ab dem 27. Oktober 2006 liegen diesem Indikator jährliche Mittelwerte aus vierteljährlichen Daten zugrunde anstatt eines einzigen Bezugsquartals im Frühjahr.

Zusätzliche Informationen liefern zwei weitere Erhebungen:

- die dritte europäische Erhebung über die betriebliche Weiterbildung (CVTS3), die 2005 in der EU-27 und Norwegen mit dem Jahr 2005 als Bezugsjahr durchgeführt wurde, und
- eine Erhebung über Erwachsenenbildung, die zwischen 2005 und 2008 von der EU, den EFTA Staaten und Kandidatenländern durchgeführt wurde; zum Redaktionszeitpunkt lagen die Ergebnisse dieser Erhebung noch nicht vor.

Bei der **betrieblichen Weiterbildung (CVT)** geht es um die Beschäftigten in Unternehmen. Folgende Kriterien müssen erfüllt sein: Die Weiterbildungsmaßnahme muss im Voraus geplant werden, sie muss mit dem speziellen Ziel des Lernens organisiert oder unterstützt werden, und sie muss zumindest teilweise vom Unternehmen finanziert werden.



Wichtigste Ergebnisse

Der Anteil der Personen von 25 bis 64 Jahren, die in den vier Wochen vor der Erhebung an irgendeiner Maßnahme des lebenslangen Lernens teilgenommen hatten, belief sich 2007 in der EU-27 auf 9,7 %. Dieser Wert war 1,2 Punkte höher als der entsprechende Anteil 2003. Der Anteil der Bevölkerung, der an Aktivitäten des lebenslangen Lernens teilgenommen hatte, war bei den Frauen höher (2007: 10,6 %) als bei den Männern (8,8 %). Schweden, Dänemark, das Vereinigte Königreich und Finnland stachen dadurch hervor, dass ein erheblich größerer Anteil der Bevölkerung (zwischen 32 % und 23 %) an Aktivitäten des lebenslangen Lernens teilgenommen hatte, während Bulgarien und Rumänien eine Beteiligungsquote von weniger als 2 % meldeten.

Was die berufliche Weiterbildung angeht, so reichte der Anteil der Unternehmen, die ihren Beschäftigten 2005 Weiterbildungsmaßnahmen anboten, von 21 % in Griechenland bis hin zu 90 % im Vereinigten Königreich; der EU-Durchschnitt lag bei 60 %.

Die vorläufigen Ergebnisse der Erhebung zeigen, dass der Anteil der Unternehmen, die ihren Beschäftigten Fortbildungsmaßnahmen anbieten, im Durchschnitt der EU gegenüber der vorangegangenen Erhebung (aus dem Jahr 1999) leicht zurückgegangen ist. In den nördlichen und insbesondere den skandinavischen Ländern, wo in den vorangegangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen worden waren, war eine Verringerung der Beteiligung an Fortbildungsmaßnahmen festzustellen, während die entsprechenden Raten in den meisten der seit 2004 zur EU hinzugekommenen Mitgliedstaaten beträchtlich stieg.

Die Beteiligung der Beschäftigten an Aktivitäten der beruflichen Weiterbildung (CVT) war im Allgemeinen am höchsten in den EU-15-Mitgliedstaaten. Im Durchschnitt nahm jeder dritte Arbeitnehmer (33 %) an Weiterbildungskursen teil; dieser Anteil bewegte sich zwischen 11 % in Lettland und fast 60 % in der Tschechischen Republik.

Die Intensität der beruflichen Weiterbildung, gemessen an der durchschnittlichen Zahl der Teilnahmestunden je Beschäftigten, war zwischen den EU15-Mitgliedstaaten und den seit 2004 neu hinzugekommenen EU-Staaten ähnlich. Drei Ländergruppen konnten jedoch deutlich unterschieden werden: Länder mit hohen Anteilen weiterbildender Unternehmen und einer hohen Intensität der Teilnahme an CVT Kursen, Länder mit hohen Raten weiterbildender Unternehmen und einer vergleichsweise geringen Intensität der CVT Teilnahme und Länder mit niedrigen Raten weiterbildender Unternehmen und einer vergleichsweise hohen Intensität der Teilnahme an CVT Kursen.

Die dritte Erhebung über die berufliche Weiterbildung umfasste erstmals auch Informationen über die berufliche Erstausbildung in Unternehmen (zum Beispiel Auszubildende). Deutschland, das Vereinigte Königreich, Österreich, Dänemark, die Niederlande, Italien und Frankreich wiesen die höchsten Anteile von Unternehmen aus, die 2005 eine berufliche Erstausbildung anboten. In den genannten Ländern lagen diese Anteile oft nahe bei 50 %, während sie in der Mehrzahl der übrigen Mitgliedstaaten die 10 % Marke nicht überschritten.

Tabelle 4.7: Lebenslanges Lernen (1)

(in % der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren)

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	2003	2007	2003	2007	2003	2007
EU-27 (2)	8,5	9,7	7,9	8,8	9,1	10,6
Eurozone (2)	6,5	8,4	6,4	8,0	6,6	8,8
Belgien	7,0	7,2	7,0	7,0	6,9	7,4
Bulgarien	1,3	1,3	1,1	1,4	1,4	1,3
Tsch. Republik	5,1	5,7	4,8	5,5	5,4	5,9
Dänemark (2)	24,2	29,2	21,0	24,2	27,4	34,2
Deutschland	6,0	7,8	6,4	8,0	5,6	7,6
Estland	6,7	7,0	5,0	4,6	8,2	9,3
Irland (2)	5,9	7,6	5,1	6,2	6,8	9,0
Griechenland (2)	2,6	2,1	2,6	2,2	2,7	2,1
Spanien	4,7	10,4	4,3	9,3	5,1	11,5
Frankreich (2)	7,1	7,4	7,0	7,0	7,2	7,9
Italien	4,5	6,2	4,2	5,9	4,8	6,6
Zypern (2)	7,9	8,4	7,1	8,1	8,5	8,6
Lettland	7,8	7,1	5,4	4,6	10,0	9,3
Litauen	3,8	5,3	2,8	3,6	4,7	6,8
Luxemburg (2)	6,5	7,0	6,8	6,5	6,1	7,4
Ungarn (2)	4,5	3,6	4,0	3,0	4,9	4,1
Malta	4,2	6,0	4,7	6,4	3,6	5,7
Niederlande (2)	16,4	16,6	16,1	16,1	16,8	17,0
Österreich (2)	8,6	12,8	8,6	11,6	8,6	14,0
Polen	4,4	5,1	3,9	4,7	4,9	5,5
Portugal	3,2	4,4	3,0	4,4	3,4	4,5
Rumänien	1,1	1,3	1,1	1,2	1,2	1,4
Slowenien (2)	13,3	14,8	12,0	13,5	14,7	16,1
Slowakei (2)	3,7	3,9	3,5	3,4	3,9	4,3
Finnland (2)	22,4	23,4	18,6	19,4	26,2	27,5
Schweden (2)	31,8	32,0	28,4	26,0	35,4	38,3
Ver. Königreich (3)	27,2	26,6	22,7	22,0	30,9	31,2
Kroatien	1,8	2,9	1,8	3,1	1,9	2,8
Türkei	1,2	1,5	1,7	1,8	0,7	1,2
Island (2)	29,5	27,9	25,0	22,4	34,1	33,7
Norwegen (2)	17,1	18,0	16,2	17,1	18,0	18,9
Schweiz (2)	24,7	22,5	25,3	21,7	24,0	23,4

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

(2) 2003: Bruch in der Zeitreihe.

(3) 2003 und 2007: Bruch in der Zeitreihe.

Quelle: Eurostat (tsiem080)

**Tabelle 4.8:** Berufliche Weiterbildung, 2005

	Weiterbildende Unternehmen (in % aller Unternehmen)	Arbeitnehmer, die an Weiterbildungen teilnehmen (in %)	Kosten für Weiterbildungskurse (in % der gesamten Arbeitskosten)	Durchschnittliche für Weiterbildungskurse aufgewendete Zeit je Arbeitnehmer (in Stunden)	Anteil der Unternehmen, die Weiterbildung anbieten (in % aller Unternehmen)
EU (1)	60	33	1,6	9	30
Belgien	63	40	1,6	12	9
Bulgarien	29	15	1,1	4	4
Tsch. Republik	72	59	1,9	14	3
Dänemark	85	35	2,7	10	45
Deutschland	69	30	1,3	9	55
Estland	67	24	1,6	7	1
Irland	:	:	:	:	:
Griechenland	21	14	0,6	3	3
Spanien	47	33	1,2	9	14
Frankreich	74	46	2,3	13	37
Italien	32	29	1,3	7	40
Zypern	51	30	1,3	7	2
Lettland	36	11	0,8	3	5
Litauen	46	15	1,2	5	17
Luxemburg	72	49	2,0	16	28
Ungarn	49	16	2,6	6	6
Malta	46	32	1,8	11	12
Niederlande	75	34	2,0	12	41
Österreich	81	33	1,4	9	49
Polen	35	21	1,3	6	9
Portugal	44	28	1,1	7	5
Rumänien	40	17	1,1	5	2
Slowenien	72	50	2,0	14	9
Slowakei	60	38	1,8	12	1
Finnland	77	39	1,5	10	17
Schweden	78	46	2,1	15	7
Ver. Königreich	90	33	1,3	7	51
Norwegen	86	29	1,3	9	23

(1) EU-Durchschnitte berechnet auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten (d. h. ohne Irland).

Quelle: Eurostat (trng_cvts3_01, trng_cvts3_41, trng_cvts3_53, trng_cvts3_71 und trng_cvts3_85)

4.5 Bildungsausgaben

Einleitung

Bildungsausgaben sind Investitionen, die dazu beitragen können, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, die Produktivität zu steigern, die persönliche und soziale Entwicklung zu fördern und soziale Ungleichheiten abzubauen. Welcher Anteil der finanziellen Gesamtrressourcen für Bildung ausgegeben wird, gehört in allen Ländern zu den Grundsatzentscheidungen von Regierungen, Unternehmen, einzelnen Studierenden und ihren Familien.

In vielen Mitgliedstaaten wird gegenwärtig darüber diskutiert, wie die Finanzierung des Bildungswesens verbessert, seine Effizienz erhöht und seine Gerechtigkeit gefördert werden kann. Mögliche Ansätze sind die Einführung von Studien-, Verwaltungs- oder Prüfungsgebühren, von Zuschüssen oder von einkommensgebundenen Darlehen als Versuch, die Immatrikulationsquoten an den Hochschulen zu steigern, insbesondere unter den weniger wohlhabenden Mitgliedern der Gesellschaft. Ein weiterer möglicher Bereich für die Mobilisierung von Mitteln ist die Förderung von Partnerschaften zwischen Unternehmen und Hochschulen.

Auf das Bildungswesen entfällt in allen Mitgliedstaaten ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Ausgaben – der größte Posten sind dabei die Personalausgaben. Je höher die Ebene des Bildungssystems, desto höher sind auch die Kosten des Unterrichts: Die Ausgaben pro Student an den Universitäten etwa sind wesentlich höher als die Ausgaben pro Schüler an den Grundschulen. Zwar sind die Bildungskosten pro Kopf im Tertiärbereich höher, der größte Anteil der Gesamtbildungsausgaben entfällt indessen auf den Sekundärbereich, da hier der Anteil an der Gesamtzahl der Schüler/Studenten höher ist.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die Indikatoren für Bildungsausgaben umfassen Schulen, Hochschulen und sonstige öffentliche und private Einrichtungen, die Bildungsleistungen anbieten oder unterstützen. Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen beschränken sich dabei nicht auf Unterrichtsleistungen, sondern beinhalten auch öffentliche und private Ausgaben für Nebenleistungen für Schüler und Studenten und ihre Familien, soweit diese Leistungen über Bildungseinrichtungen erbracht werden. Im Tertiärbereich können auch umfangreiche Ausgaben für Forschung und Entwicklung anfallen, die ebenfalls einbezogen sind, wenn die Forschung von Bildungseinrichtungen durchgeführt wird.

Die **öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung** umfassen die direkte öffentliche Finanzierung von Bildungseinrichtungen und Transfers an private Haushalte und Unternehmen. Im Allgemeinen finanziert der öffentliche Sektor Bildungsausgaben durch direkte Übernahme der laufenden Aufwendungen und Investitionsausgaben von Schulen (direkte öffentliche Finanzierung von Schulen), durch finanzielle Unterstützung von Schülern/Studenten und ihren Familien (Stipendien und Darlehen des öffentlichen Sektors) sowie durch Subventionen für Aus- oder Weiterbildungstätigkeiten von privaten Unternehmen oder Organisationen ohne Erwerbszweck (Transfers an private Haushalte und Unternehmen). Zu den **aus privaten Quellen stammenden Ausgaben für Bildungseinrichtungen** gehören Schulgebühren, Lehrmittel (wie Schulbücher und Unterrichtsmaterial), Schülertransport (falls von der Schule organisiert), Verpflegung (falls von der Schule gestellt), Unterkunftskosten und Ausgaben der



Arbeitgeber für die berufliche Erstausbildung. Anhand der **Ausgaben pro Schüler/Student in öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen** lässt sich messen, wie viel Staat, Länder, Gemeinden, private Haushalte, religiöse Einrichtungen und Unternehmen pro Schüler/Student ausgeben. Dies beinhaltet Personalausgaben sowie sonstige laufende Aufwendungen und Investitionsausgaben. **Öffentliche Schulen/Bildungseinrichtungen** werden direkt oder indirekt von einer öffentlichen Bildungsbehörde verwaltet. **Private Schulen/Bildungseinrichtungen** werden direkt oder indirekt von einer Nichtregierungsorganisation (z. B. Kirche, Gewerkschaft, Privatunternehmen oder sonstige Einrichtung) verwaltet; sie gelten als unabhängig, wenn weniger als 50 % ihrer Finanzierungsmittel aus dem öffentlichen Sektor (Gemeinden, Länder oder Staat) stammen.

Wichtigste Ergebnisse

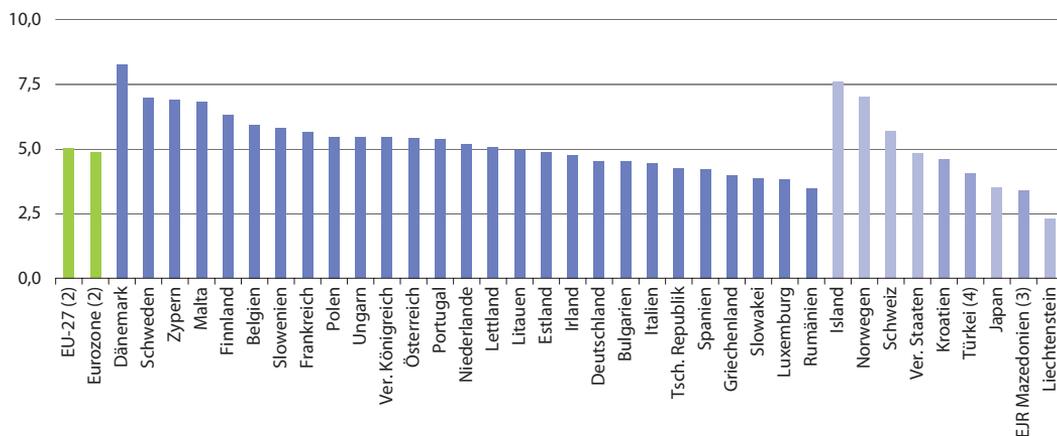
Die öffentlichen Bildungsausgaben in der EU-27 beliefen sich 2005 auf 5,0 % des BIP, während die Ausgaben für Bildungseinrichtungen aus öffentlichen und privaten Quellen zusammen 5,4 % des BIP entsprachen.

Am höchsten waren die öffentlichen Bildungsausgaben in Dänemark (8,3 % des BIP), aber auch in Schweden (7,0 %), Zypern (6,9 %), Malta (6,8 %) und Finnland (6,3 %) waren die Raten vergleichsweise hoch. Die meisten Mitgliedstaaten meldeten öffentliche Bildungsausgaben von 4 bis 6 % ihres BIP. In Griechenland, der Slowakei, Luxemburg und Rumänien betrug der Anteil dieser Ausgaben weniger als 4 %, dabei ist allerdings zu beachten, dass der tertiäre Bildungsbereich in Luxemburg unterentwickelt ist und die meisten Hochschüler in einem anderen Mitgliedstaat studieren.

In der Mehrzahl der Mitgliedstaaten haben die Bildungsausgaben in den letzten zehn Jahren erheblich zugenommen, was jedoch unter Umständen nicht zu erkennen ist, da auch das BIP gewachsen ist.

Abbildung 4.8: Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung, 2005 (1)

(in % des BIP)



1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm). (2) Schätzung. (3) 2003. (4) 2004.

Quelle: Eurostat (tsiir010)

Zudem führen rückläufige Geburtenraten zu einem Rückgang der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter, was sich wiederum auf Verhältniszahlen wie die durchschnittlichen Ausgaben je Schüler auswirkt (wenn von gleichbleibenden

Ausgaben ausgegangen wird). Die jährlichen Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Student zeigen, dass 2005 in der EU-27 im Durchschnitt 5 650 KKS pro Schüler/Student ausgegeben wurden.

Tabelle 4.9: Ausgaben für Bildungseinrichtungen (1)

	Öffentliche Ausgaben (in % des BIP) (2)	Private Ausgaben (in % des BIP) (3)	Jährliche Ausgaben für öffentliche u. private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Student (KKS für Vollzeitäquivalente)	
	2005	2005	2000	2005
EU-27	4,7	0,7	:	5 650
Eurozone	4,6	0,6	:	6 190
Belgien	5,7	0,4	5 314	6 501
Bulgarien	3,8	0,6	1 277	1 993
Tsch. Republik	4,1	0,6	2 574	3 809
Dänemark	6,8	0,6	7 108	8 244
Deutschland	4,2	0,9	5 677	6 503
Estland	4,6	0,4	:	2 868
Irland	4,3	0,3	4 481	6 012
Griechenland	4,0	0,3	:	4 606
Spanien	4,1	0,5	4 304	5 718
Frankreich	5,4	0,6	5 712	6 364
Italien	4,2	0,4	:	5 908
Zypern	6,0	1,2	4 879	6 684
Lettland	4,7	0,8	1 818	2 746
Litauen	4,5	0,5	1 716	2 475
Luxemburg	3,7	:	:	:
Ungarn	5,1	0,5	:	3 842
Malta	6,8	0,4	3 189	5 882
Niederlande	4,6	0,4	5 211	6 703
Österreich	5,0	0,5	7 144	8 293
Polen	5,4	0,6	1 971	3 051
Portugal	5,3	0,4	3 943	4 704
Rumänien	3,3	0,4	:	1 454
Slowenien	5,3	0,8	:	6 056
Slowakei	3,7	0,7	1 681	2 699
Finnland	5,8	0,1	5 455	6 225
Schweden	6,2	0,2	6 185	7 204
Ver. Königreich	5,0	1,3	4 799	7 084
Kroatien	4,6	:	:	:
EJR Mazedonien	3,3	:	:	:
Türkei	3,8	0,1	:	:
Island	7,2	0,7	6 501	7 897
Liechtenstein	2,1	:	:	7 389
Norwegen	5,7	0,1	7 812	9 133
Schweiz	5,5	0,6	:	:
Japan	3,4	1,5	6 091	7 148
Ver. Staaten	4,9	2,4	9 200	10 661

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

(2) Türkei: 2004; ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien: 2003.

(3) Türkei und Norwegen: 2004.

Quelle: Eurostat (educ_figdp, tps00068 und tps00067), Unesco, OECD